

Informationsblätter

Die Ukraine. Ein Land zwischen Ost und West Die geschichtlichen Hintergründe der Aufstände in der Ukraine

Dieses Informationsblatt erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Weder in Bezug auf den geschichtlichen Hintergrund der Ukraine, noch auf die aktuellen Geschehnisse im Frühjahr 2014. Es dient lediglich einer knappen Einführung in die Begebenheiten des vergangenen Jahrhunderts in der Ukraine, um eine persönliche Einschätzung und Beurteilung der gegenwärtigen Vorfälle zu vereinfachen und zu ermöglichen. Beginnend mit der Ukraine im 19. Jahrhundert, führt der historische Streifzug durch den Ersten Weltkrieg, den Zweiten Weltkrieg, die Zeit unter der sowjetischen Führung nach 1945 und der erneuten Unabhängigkeit von 1991 bis hin zur Orangen Revolution von 2004. Die Übersicht schließt mit der Einleitung der aktuellen Krise in der Ukraine von 2014 ab.

Die Ukraine vor dem 20. Jahrhundert

Wie überall auf dem europäischen Kontinent im 19. Jahrhundert, gab es auch in der Ukraine im russischen Zarenreich Intellektuelle im Adel und der kosakischen Oberschicht, die sich für Kultur und Sprache zu interessieren begannen und eine nationale Bewegung ins Leben riefen. Im Vordergrund der Bemühungen standen nicht nur die Sammlung von Volksliedern, sondern man fing an, die ukrainische Sprache zu erforschen und widmete sich der Untersuchung der nationalen Geschichte in Abgrenzung zur russischen und polnischen. Für die Zarenregierung wurde diese anfängliche ukrainische Nationalbewegung zu einer immer größeren Bedrohung. Man verfolgte viele ihrer Mitglieder und schickte sie in die Verbannung. Eine Zäsur bildete der Aufstand von 1863, in dem Polen und Ukrainer die Unabhängigkeit von Russland erreichen wollten, und auf den die Zarenregierung mit einer Welle der Verfolgung, Enteignungen, Deportationen und Hinrichtungen rea-

gierte. Die Niederschlagung des polnisch-ukrainischen Aufstandes bot Russland die Möglichkeit, gegen die schon längere Zeit mit Misstrauen beäugte ukrainische Nationalbewegung vorzugehen. Sie wurde aufgelöst, ihre Mitglieder verbannt und die Schulen geschlossen. Außerdem wurde zunächst die Verbreitung ukrainischsprachiger Schriften, mit Ausnahme der als besonders schön bewerteten Literatur, später dann auch ukrainischsprachige Theateraufführungen und der Druck ukrainischer Lieder untersagt. Auch wenn die Maßnahmen der russischen Regierung die Bemühungen um die Schaffung einer nationalen ukrainischen Identität stark erschwerten, fanden sich aber immer wieder Aktivisten, wie die Historiker der Kiewer Universität Volodymyr Antonovyc und Mychajlo Drahomanov, die sich trotz zu erwartender Repressalien als geistige Führer in den Dienst der ukrainischen Nationalbewegung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts stellten. Sie schufen auf diese Weise die theoretischen Grundlagen für eine ukrainische Nationalbewegung.

Bund für Soziale Verteidigung e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Telefon 05 71 - 29 45 6
Telefax 05 71 - 23 01 9
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

Bankverbindung:
Sparkasse Minden - Lübbecke
BLZ 490 501 01
Kto. 89 420 814
IBAN DE73 490 501 01 0089 420 814
Swift-Code WELADED1MIN

Unsere Projektseiten:
www.no-blame-approach.de
www.nonviolentpeaceforce.de
www.streitschlichtungskongress.de

BSV ist Mitglied dieser Organisationen:
European Network for Civil Peace Services
Forum Crisis Prevention
Forum Ziviler Friedensdienst
Kooperation für den Frieden
Netzwerk Friedenskoooperative
Nonviolent Peaceforce
Plattform Zivile
Konfliktbearbeitung

Die erste Unabhängigkeit der Ukraine

Im Ersten Weltkrieg kämpften Polen und Ukrainer in beiden Armeen der Ost- und Westfront, denn sie erhofften sich, von der siegreichen Partei jeweils ein Territorium für den lang ersehnten eigenen Nationalstaat zu erhalten.

In den Jahren 1914 / 1915 sahen die west- und südwestlichen Teile der Ukraine heftige Kämpfe zwischen Russland und den Mittelmächten. Die darauffolgenden Kriegsjahre waren vorrangig von dem Erstarken polnischer und ukrainischer Nationalbewegungen und deren Bemühen um staatliche Unabhängigkeit geprägt.

Nach der Februarrevolution 1917 in Russland und dem Sturz der Zarenregierung wählte der Gesamtukrainische Nationalkongress einen ukrainischen Zentralrat, der alle politischen, öffentlichen, kulturellen und beruflichen Organisationen vereinte. Nach der Oktoberrevolution rief der Zentralrat zunächst eine Autonomie aus und trat in Verhandlungen mit der provisorischen russischen Regierung. Am 22. Januar 1918 wurde die volle Selbstständigkeit als Ukrainische Volksrepublik verkündet. Die neue ukrainische Regierung war jedoch durch den Vormarsch der Bolschewiken als auch durch den Druck der Westmächte, Deutschland und Österreich-Ungarn, die sowohl Lebensmittellieferungen als auch Gebietsansprüche meldeten, geschwächt. Schließlich besetzten Truppen der Zentralmächte nach dem Friedensvertrag mit Russland in Brest-Litowsk vom 3. März 1918 die Ukraine und zogen erst nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ab. Den folgenden Bürgerkrieg in der Ukraine entschieden letztlich die Bolschewiken für sich, im März 1919 wurde die Ukraine zu einer Sowjetrepublik.

1922 wurde die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik ein Teil der neu gegründeten Sowjetunion. Der ebenfalls 1917 neugegründeten Volksrepublik Krim erging es ähnlich; sie wurde zur Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik innerhalb Russlands. Polen wurde hingegen nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages 1919 eine international anerkannte, unabhängige Republik.

In der sowjetischen Zwischenkriegszeit

Im Zuge der Errichtung der Sowjetunion wurden die Kolchosen eingeführt, die genossenschaftliche Organisation des landwirtschaftlichen Großbetriebs in der Sowjetunion. Die Ukraine wurde dazu verpflichtet, einen bestimmten Anteil ihrer erwirtschafteten Ernte an den Staat abzugeben. In den 1920er Jahren wurde die Quote stets erhöht, bis sie sich 1931 für Getreide auf rund 40 % belief. Dies führte zu Widerstand der bäuerlichen Bevölkerung, und im Folgejahr kam es zu Problemen,

das Getreide einzuziehen. Die Antwort der Regierung war eine Verschärfung der Repressionen. Der Alltag war gekennzeichnet von Beschlagnahmungen, Drohungen, Verhören, Belagerung von Bauernhöfen und Verhaftungen. Der Diktator Josef Stalin setzte seine rücksichtslose und brutale Politik der Zwangskollektivierung, Herrschaftskonsolidierung und Widerstandsunterdrückung fort, die zunehmend Opfer forderte. Die Lage spitzte sich mit dem am 7. August 1932 verabschiedeten Ährgesetz zu. Dieses sah bei „Verschwendung sozialistischen Eigentums“ eine Freiheitsstrafe von mindestens 10 Jahren oder sogar die Todesstrafe vor. In den nächsten Jahren sollten 125.000 UkrainerInnen nach diesem Gesetz verurteilt werden, darunter 5.400 zum Tode.

Um den Widerstand der Menschen zu brechen, wurde eine Sonderkommission entsandt, die die Landbevölkerung von der Versorgung abschneiden und alle Getreidevorräte auf den Kolchosen beschlagnahmen sollte. Diese Beschlagnahmungen wurden mit großer Härte durchgeführt, Folter und Tötungen inbegriffen. Die Folge war eine Hungersnot. Die hungernden Menschen vom Land flüchteten in die Städte, aus denen sie von der Polizei zum Sterben aufs Land zurück getrieben wurden.

Die Zwangskollektivierung führte zu Hunger nicht nur in der Ukraine, sondern in großen Teilen der Sowjetunion. Im Frühling 1933 erreichte die Not ihren Höhepunkt, setzte sich aber bis Ende der 1930er Jahre fort. Allein in der Ukraine kamen laut der Volkszählungen von 1937 und 1939 3,5 bis 4 Millionen Menschen ums Leben. Die Weltöffentlichkeit zeigte kaum Resonanz, Zeitungsberichte waren rar, diplomatische Reaktionen blieben gänzlich aus und die Sowjetunion zensurierte die Tatsachenberichte.

Zweiter Weltkrieg

Nach dem Angriff Deutschlands auf Polen am 1.9.1939 folgte zwei Wochen später die Besetzung Ostpolens durch die Sowjetunion. Im Sommer 1941 kam es nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion auf polnischen und ukrainischen Gebieten zu Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung. Viele UkrainerInnen und KrimtatarInnen stellten sich anfänglich auf die Seite Deutschlands und unterstützten auch die Massenmorde der SS an der jüdischen Bevölkerung, denen bis 1944 ca. 1,5 Millionen zum Opfer fielen.

Das Land wurde während der Besatzungszeit zum „Reichkommissariat Ukraine“ unter deutscher Zivilverwaltung und war neben Belarus und den baltischen Regionen einer der größten Schauplätze des Zweiten Weltkrieges, denn nicht nur die ukrainischen Städte und die Wirtschaft wurden beinahe

völlig zerstört, sondern auch fünf bis sieben Millionen Menschen kamen ums Leben. Seit dem Winter 1941/42 herrschte eine Hungersnot. Ab dem Jahr 1943 begann ein Partisanenkrieg gegen die deutsche Besetzung. Aufgrund der starken Repression war der Zulauf der örtlichen Bevölkerung zu diesen Partisanengruppen sehr groß. Ab Sommer 1943 rückten die sowjetischen Partisanenverbände in die Gebiete der Westukraine vor, gefolgt von der Russischen Armee. Im Oktober 1944 waren die letzten deutschen Okkupanten aus der Ukraine vertrieben; sie befand sich nun erneut unter sowjetischer Herrschaft. Es hatte sich seit 1943 eine ebenfalls starke nationalistische Unabhängigkeitsbewegung der ukrainischen Aufständischenarmee UPA gegen die Herrschaft der Sowjetunion entwickelt, die aber von Truppen des sowjetischen Innenministeriums niedergeschlagen wurde. Fast 190.000 Krimtataren wurden wegen des Vorwurfs der Kollaboration mit den Deutschen von Stalin nach Zentralasien deportiert, wobei bis zur Hälfte der Deportierten ihr Leben verlor. Erst nach 1989 sind Krimtataren in größerer Zahl auf die Krim zurückgekehrt.

Nach 1945

Der wiederhergestellten Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (USSR) wurde 1954 die bis dahin der Russischen Sowjetrepublik angehörige autonome Krim - gewissermaßen als Präsent von dem Regierungschef der UdSSR, Nikita Chruschtschow - überlassen. Grund dafür war das 300-jährige Jubiläum des Vertrages von Perejaslaw von 1654, in dessen Rahmen sich der von Polen bedrängte ukrainische Kosakenstaat dem Schutz des russischen Zaren unterstellt hatte. In den Jahren 1972/73 kam es zu der größten Verfolgungswelle seit Stalin. Intellektuelle, WissenschaftlerInnen, HistorikerInnen, LiteratInnen und besonders DissidentInnen wurden verfolgt und ermordet. Die Repression brachte eine starke Verarmung des geistigen Lebens und der Kultur in der Ukraine mit sich. Gleichzeitig fand eine starke Russifizierung, insbesondere die Förderung von russischer Sprache und Kultur in der Schule, statt.

1986 ereignete sich die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl, einem AKWs auf ukrainischem Gebiet. Sie hinterließ langfristige gesundheitliche, ökologische und sozioökonomische Auswirkungen, die nicht nur die Ukraine, sondern auch die angrenzenden Gebiete in Belarus, Russland und – in geringerem Maße- auch Polen und Nord-Westeuropa betrafen.

Michail Gorbatschow, der seit März 1985 an der Spitze der Sowjetunion stand und der den Kurs der Glasnost (deutsch „Offenheit“) und Perestroj-

ka (deutsch „Umgestaltung“) vollzog, führte demokratischere Prozesse in die Union ein, revolutionierte deren Wirtschafts- und Verfassungssystem und unterzeichnete Abrüstungsverträge mit den USA. 1989 kam es zum Zusammenbruch des kommunistischen Systems und des Warschauer Pakts, was die deutsche Wiedervereinigung ermöglichte, aber u.a. auch zur Auflösung der Sowjetunion führte.

Die erneute Unabhängigkeit der Ukraine 1991

Ende der 1980er Jahre wurde die ukrainische Volksbewegung Narodnyj Ruch Ukrajiny gegründet, deren VertreterInnen die nationale und wirtschaftliche Souveränität der Ukraine innerhalb des sowjetischen Bündnisses forderten. Hinzu kam der Appell nach einem verbesserten Status der ukrainischen Sprache neben dem Russischen und mehr Rechte für die anderen christlichen Kirchen neben der russisch-orthodoxen. Am 4. März 1990 erreichte die Kommunistische Partei der Ukraine bei den Wahlen zum Obersten Sowjet etwas mehr als 70% der Parlamentsmandate. Schließlich wurde Stanislaw Gurenko zum Parlamentsvorsitzenden bestimmt, der sich als KP-Vorsitzender für die nationale Souveränität der Ukraine sowie für eine geistige Wiedergeburt des Landes aussprach, wobei er gleichzeitig den Austritt des Landes aus der Sowjetunion verhindern wollte. Er gab im Juli 1990 eine Souveränitätserklärung ab, mit der die ukrainischen Gesetze Vorrang vor denen der Sowjetunion haben sollten. Elf Monate später, im August 1991, beschloss der Oberste Sowjet der Ukraine mit 346 von 450 Parlamentsstimmen den Austritt aus der Sowjetunion und die Schaffung eines unabhängigen Staates. Im Oktober folgten die Zustimmung zu umfangreichen Wirtschaftsreformen, die die Privatisierung von Grundeigentum, die Preisfreigabe sowie eine Boden- und Finanzreform vorsahen. Schließlich wurde von dem ukrainischem Parlament der Vertrag über die Bildung der Sowjetunion aus dem Jahr 1922 gekündigt, aber nur drei Tage danach am 08.12.1991 gemeinsam mit Russland und Belarus die Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) beschlossen. Heutzutage hat die GUS allerdings stark an Bedeutung einbüßen müssen. Ihre Mitgliedsstaaten treffen sich zwar noch gelegentlich zu Konsultationen, aber ein Gipfel-treffen mit allen GUS-Staatsoberhäuptern hat seit Jahren nicht mehr stattgefunden.

Die Krim wurde 1992 zur Autonomen Republik innerhalb der Ukraine erklärt, auch um die Forderungen nach Unabhängigkeit der Krim abwehren zu können.

Die Orangene Revolution 2004

Seit der Erklärung ihrer Unabhängigkeit kämpfte die Ukraine zunehmend und hauptsächlich mit starken wirtschaftlichen Problemen. Sie versuchte eine neutrale Rolle in der Außenpolitik gegenüber dem Westen und Russland einzunehmen. Wiktor Juschtschenko, Ministerpräsident von Dezember 1999 bis Mai 2001, verlor durch ein Misstrauensvotum des Parlaments sein Amt, als er mutmaßlich mit seinem Bestreben gegen die wachsende Korruption einigen Oligarchen gefährlich wurde. Im November 2002 übernahm Wiktor Janukowitsch dieses Amt.

Bei dem ersten Wahlgang der ukrainischen Präsidentschaftswahlen am 31. Oktober 2004 konnte keiner der 24 KandidatInnen die absolute Mehrheit erreichen. Juschtschenko, der Vorsitzende des westlich orientierten Oppositionsblocks und der als Moskau-nah eingestufte Janukowitsch, der amtierende Premierminister, waren die beiden bestplatzierten mit angeblich 39,87% bzw. 39,32% der Stimmen. Kritik an den Wahlen betraf vor allem den undemokratisch verlaufenden Wahlkampf und die vereinzelt auftretenden Manipulationen während des Wahlvorgangs. Drei Wochen später fand eine Stichwahl zwischen Janukowitsch und Juschtschenko statt, bei der Umfragen eine eindeutige Mehrheit für Juschtschenko vorhersagten. Doch erneut wurden Manipulationsvorwürfe erhoben. In den anschließenden Tagen und Wochen fanden im gesamten Land, besonders in der Hauptstadt Kiew, Demonstrationen und Proteste gegen das als gefälscht angesehene Wahlergebnis statt. Am 24.11.2004 wurde das Wahlergebnis, demzufolge 49,42% der Stimmen auf Wiktor Janukowitsch und 46,69% auf Wiktor Juschtschenko entfallen seien, bekannt gegeben. Die Europäische Union, die USA, die ukrainische Opposition sowie die OSZE erkannten das Wahlergebnis nicht an, im Gegenteil zu Russland. Präsident Putin beglückwünschte Janukowitsch, einem Glückwunsch, dem sich auch die Präsidenten Usbekistans, Kasachstans und Armeniens anschlossen. Nach fünf Tagen anhaltenden Massenprotests auf dem Unabhängigkeitsplatz Majdan, die ein internationales Medienecho mit sich zogen, setzten sich die beiden Präsidentschaftskandidaten am 26.11.2004 erstmals gemeinsam an den Verhandlungstisch. Schließlich erklärte das ukrainische Parlament in einer Sondersitzung die Ungültigkeit der Wahlergebnisse, änderte das Wahlgesetz und ordnete Neuwahlen für den 26. Dezember 2004 an. Am 28. Dezember gab die Wahlkommission das vorläufige amtliche Endergebnis des neuen Wahlgangs bekannt, wonach Wiktor Juschtschenko zum Sieger erklärt wurde. Er erzielte 51,99%, Wiktor Janukowitsch 44,19% der Stimmen.

Der anhaltende innenpolitische Konflikt ab 2005 bis zur Einleitung der Krimkrise

Im Januar 2005 wurde nach der Amtseinführung von Präsident Juschtschenko die neue Regierung unter Ministerpräsidentin Julia Timoschenko bestätigt. Allerdings sollte es schon nach wenigen Monaten zum Bruch der beiden aufgrund von Differenzen in der Wahl der Mittel ihrer Politikgestaltung kommen. Diese endeten im September 2005 mit Korruptionsvorwürfen gegen Timoschenko und ihrer Entlassung. Als neuer Ministerpräsident wurde Wiktor Janukowitsch gewählt, sodass das politische Geschehen nun von einem Machtkampf zwischen Regierung und Präsident geprägt wurde. Schließlich wurde das Parlament aufgelöst und es kam zu neuen Parlamentswahlen im September 2007, nach denen sich Juschtschenko und Timoschenko auf eine Koalition einigen konnten und Timoschenko zum zweiten Mal Ministerpräsidentin wurde. Der Konflikt zwischen Präsident, Regierung und Parlament setzte sich somit fort. Bei den nächsten Präsidentschaftswahlen Anfang 2010 löste Wiktor Janukowitsch Wiktor Juschtschenko ab und Timoschenko verlor kurz darauf ihre Stellung als Regierungschefin. Sie wurde wegen Missbrauchs öffentlicher Gelder, Betrug und Geldwäsche durch Beamte angeklagt und zu sieben Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Janukowitschs Regierung sowie die Behandlung der inhaftierten Oppositionsführerin Timoschenko wurden während der Fußball-Europameisterschaft 2012 international kritisiert und es wurden Vorwürfe der Willkürjustiz erhoben.

Als sich Präsident Janukowitsch Ende November 2013 von der Europäischen Union abwandte, indem er das vorbereitete Wirtschaftsabkommen nicht unterzeichnete und stattdessen eine enge Kooperation mit Russland verkündete, gingen hunderttausende von UkrainerInnen in Massendemonstrationen auf die Straße. Es kam es zu den sogenannten Euromajdan-Protesten gegen sein Regime, die mindestens 77 Tote forderten. Am 22. Februar zwangen die oppositionellen Kräfte Präsident Janukowitsch zur Flucht nach Russland. Die Bildung einer neuen ukrainischen Übergangsregierung wurde durch die Krimkrise vom März 2014 überschattet, als die Krim, bis dahin autonomes Gebiet innerhalb der Ukraine und Stützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte, einseitig, wenn gleich wohl mit Zustimmung eines Großteils ihrer Bevölkerung, ihren Anschluss an Russland vollzog.